

Rieser Tageblatt



Verlagschrift
Tageblatt Rieser,
Fersauf Nr. 20,
Postfach Nr. 52.

und Anzeiger (Elbblatt und Anzeiger).

Das Rieser Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großhain, des Amtsgerichts und der Anwaltschaft beim Amtsgericht Rieser, des Rates der Stadt Rieser, des Finanzamts Rieser und des Hauptzollamts Weihen behördlicherseits bestimmte Blatt.

Postkassonier
Dresden 1530,
Strohof:
Rieser Nr. 52.

Nr. 249.

Sonnabend, 22. Oktober 1932, abends.

85. Jahrg.

Das Rieser Tageblatt erscheint jeden Tag abends 1/6 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark ohne Zustellgebühr, durch Postbesug RM. 2.14 einschließlich Postgebühr (ohne Zustellgebühr). Für den Fall des Eintretens von Produktionsverzögerungen, Erhöhungen der Löhne und Materialpreise behalten wir uns das Recht der Preis-erhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabestages sind bis 9 Uhr mittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Wägen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 39 mm breite, 3 mm hohe Grundchriftzeile (6 Spalten) 25 Gold-Pfennige; die 39 mm breite Reflektierzeile 100 Gold-Pfennige; zeitraubender und insbesondere Sach 50%, Aufschlag, feste Tarife. Bewilligter Rabatt erteilt, wenn der Betrag verfallt, durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber im Kontore gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Rieser. Achtzählige Unterhaltungsbeilage „Erzähler an der Elbe“. Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Lieferanten oder der Beförderungsanstalten — hat der Besteller seinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises.

Rotationsdruck und Verlag: Langer & Winterlich, Rieser. Geschäftsstelle: Goethestraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlmann, Rieser; für Anzeigenteil: Wilhelm Dittrich, Rieser.

Weltanschauungskämpfe um die Politik.

Confessio oder Ratio?

Die Tatsache, daß in letzter Zeit grundsätzliche und weltanschauliche Erörterungen im politischen Tageskampf einen immer größeren Raum gewonnen haben, ist vielleicht der stärkste Beweis dafür, daß Deutschland wirklich im Begriff ist, zu einer Neuorientierung seines politischen, wirtschaftlichen und sozialen Bestandes zu gelangen.

Bei diesem Kampf um eine solche neue Grundlegung hat sich ganz unangenehm eine Gegensätzlichkeit entwickelnder Art herausgebildet, die sich am besten in der Frage: Confessio oder Ratio? umschreiben läßt. Was soll grundsätzlich die Neugestaltung der Dinge beherrschen: ein vom Glauben oder ein von der Vernunft geleiteter Wille? Natürlich gilt diese Gegenüberstellung nur beschränkt, denn beide Faktoren schließen sich grundsätzlich nicht aus. Die Anti-These Confessio oder Ratio erhält ihr ganz besonderes Gewicht im Augenblick nur durch die besondere Gestaltung der gegenwärtigen innerpolitischen Situation Deutschlands. Sie hat ihren sichtbarsten Ausdruck in der großen, man möchte sagen repräsentativen, Auseinandersetzung zunächst der beiden großen nationalen Gruppen, weiterhin durch die umfassende grundsätzliche Stellungnahme des Führers der Nationalsozialisten zu den bisherigen Taten und Reden des Reichsführers.

Adolf Hitlers Antwort an Reichsführer von Papen, die vier Seiten des „Völkischen Beobachters“ füllt, stellt sich als eine neue grundsätzliche Apologie des Nationalsozialismus, als die Verteidigung einer Confessio gegen die Ratio des Reichsführers von Papen und seine Politik dar. Man erinnert sich der Stellungnahme des Reichsführers von Papen zum Nationalsozialismus als einem „Glauben aus der Politik“, dem Herr von Papen die „konservative Politik aus dem Glauben“ gegenüberstellte. Man sieht also an dieser Formulierung schon, daß beide Parteien eine Confessio, einen Glauben, für sich in Anspruch nehmen, daß jeder dem anderen die Betätigung einer Ratio minderen Wertes und minderer Motive unterstellt. Immerhin hat der Nationalsozialismus das Wort von der Confessio aufgegriffen und zu der Parole gemacht, unter der er kämpfen und siegen will. Diese Confessio ist — mit anderen Worten — der unbedingte und alle anderen Rücksichten ausschließende „Wille zur Totalität“, von dem besonders in der sensationellen Redeschlacht zwischen Deutschnationalen und Nationalsozialisten so viel die Rede war.

Eine Confessio aber, ein Glaube, richtiger: ein Bekenntnis, läßt sich nicht erklären oder gar beweisen; es läßt sich — daher der Name — eben nur bekennen, sein Sieg läßt sich vielleicht erkämpfen, aber nicht erheben oder erschreiben. Mit Naturnotwendigkeit fast müssen daher alle Versuche, einer solchen Confessio beweiskräftige Unterlagen aus dem Gebiete der Ratio zu geben, scheitern oder aber gefährlich verwirren.

Diesem Verhängnis ist auch Adolf Hitler in seiner großen Antwort an Herrn von Papen nicht entgangen, ja noch mehr, er ist dabei in logische Verwicklungen geraten, die geeignet sind, den Wert der Confessio selbst zu gefährden. Er widmet dem Nachweis, daß er an dem berühmten 18. August nicht die ganze Macht allein gefordert habe, einen erheblichen Raum. Er erinnert den Reichsführer daran, daß 6 Reichsministerien von Nationalsozialisten hätten besetzt werden sollen, daß er selbst, Adolf Hitler, nur insofern die Führung beansprucht habe, als sie ein Reichsführer hat. Diese Zeilen zu lesen, während man das Bekenntnis des doch sicherlich in vollkommener Übereinstimmung mit dem Führer sprechenden Dr. Goebbels zur unbedingten Totalität noch in den Ohren hat, muß bedenklich stimmen. Denn hier gibt es doch nur ein Entweder — Oder. Alles andere wäre reservatio mentalis gefährlichster Art.

Auch sonst gibt es Widerprüche, die schwer aufzulösen sind. Abgesehen davon, daß es eine historisch tatsächlich unrichtige Darstellung ist, wenn Adolf Hitler schreibt, daß „die Regierungen — also doch wohl auch die Regierung von Papen — parteiunabhängig beengt und mit Scheuklappen versehen nicht die eminente Bedeutung erkannten“, die die Entwicklung der nationalsozialistischen Bewegung gewonnen hatte, erregt Hitler auch der Gefahr, seine Argumentation widerspruchsvoll zu begründen. Einmal unterstreicht er die Bedeutung der Persönlichkeit und nennt eine gegenteilige Auffassung typisch marxistisch und materialistisch und ein paar Absätze weiter stellt er fest, daß „jeder geschichtliche Zustand das Ergebnis zahlloser politischer Handlungen ist“. Ja, im Akt des Geschichts unterläuft ihm die Bemerkung, daß die Situation Deutschlands beim Antritt des Reichsführers von Papen „an sich unendlich aussichtsreich“ gewesen sei.

Es ist gut, wenn sich Weltanschauungskämpfe um die Politik entwickeln; es scheint aber, daß dieser Kampf hier von einer nicht ausreichend tragfähigen Basis aus geführt wird, denn anders wäre das Auftreten solcher Widerprüche in der Begründung eines politischen Glaubens nicht zu erklären.

Gesamtdemission in Prag

Prag, 22. Oktober.

Ministerpräsident Udrizal hat dem Ministerrat über die Gründe, die ihn zum Rücktritt zwingen, Bericht erstattet. Der Ministerrat beschloß daraufhin, dem Präsidenten der Republik die Gesamtdemission des Kabinetts zu unterbreiten.

Mit Hindenburg für Volk und Reich.

Ein Aufruf des Deutschen Ausschusses.

11 Berlin. Der Deutsche Ausschuss, eine Gemeinschaft deutscher Männer und Frauen ohne parteipolitische Bindung, tritt mit einem Aufruf an die Öffentlichkeit, in dem es u. a. heißt:

Leben und Bestand von Volk und Reich sind in größter Gefahr. Ueber fünf Millionen Erwerbsfähiger erheben verzweifelnd ihren Anspruch auf Arbeit. In solcher Zeit höchsten Staatsnotstandes hat Reichspräsident von Hindenburg schließlich eine Regierung berufen, auf eigene Verantwortung zu handeln und ohne Rücksicht auf Parteiwünsche das zu tun, was zur Rettung des Ganzen notwendig ist. Auch wer nicht mit jeder Persönlichkeit und jeder Maßnahme dieser Regierung übereinstimmt, muß anerkennen, daß wir mit der Tatsache einer verantwortungsbewußten Regierung auf dem rechten Wege sind. Wir treten daher in diesem Wahlkampf für diejenige Partei ein, welche von den nationalen und nichtsozialistischen Parteien als einzige noch Bedeutung hat. Es leitet uns dabei der Gedanke des deutschen nationalen Führers, durch eine Überwindung des bloßen Parteistandpunktes in einer Ausdehnung seiner Partei zur Bewegung auch denen eine deutschlandweite Stimmabgabe zu ermöglichen, die das Vaterland über die Partei stellen. Wir rufen deshalb — obwohl wir selbst fast durchweg dieser Partei nicht angehören — alle vaterländischen Kreise und besonders alle enttäuschten und heimatlos gewordenen Wähler

und Nichtwähler auf: Wählt am 6. November deutschlandweit!

Der Weg aber, der nach den Wahlen weiterzugehen ist, liegt klar; das erst begonnene Werk muß in durchgreifenden Maßnahmen — ohne Rücksicht auf Personen und Parteien — vollendet werden. Das erfordert eine grundsätzliche Neuordnung in Staat und Wirtschaft, im völkischen und kulturellen Leben. Deutsche und christliche Gesinnung, organisch-soziales Denken und Pflege der Familie müssen dabei leiten. Privateigentum, persönliche Initiative und Verantwortung, Leistung und gerechte Entlohnung: Das sind Grundzüge, von denen eine Neuordnung ausgehen muß. Ein erster Schritt ist getan. Auf diesem Wege wollen wir mit heißem Herzen folgen und alle Kräfte einengen. Darum vorwärts und aufwärts.

„Mit Hindenburg für Volk und Reich!“

Zu den Unterzeichnern des Aufrufes „Mit Hindenburg für Volk und Reich“ gehören u. a.: Universitätsprofessor Dr. Hans Dietmann, Kolonialsekretär a. D. v. Lande, Kandidat Dr. Frhr. v. Wechmann, Universitätsprofessor Eduard Spranger, Dr. Ing. F. Springorum, Dr. Albert Köster, Landesdirektor a. D. v. Winterfeldt, Universitätsprofessor Dr. Hundt.

Sturmjahren im österreichischen Nationalrat.

11 Wien. Im Nationalrat kam es gestern zu einer hitzigen Szene. Als der neue Staatssekretär von gepörscht hatte, rief Dr. Bauer dem Bundeskanzler verächtlich auf der Tribüne nicht verständlich, aber offenbar aufreizende Worte zu, worauf Dr. Dollfuß zu Dr. Bauer sagte: „Sie sind ein Volkswidrig, das es nur mit der proletarischen Diktatur, aber nicht mit der Demokratie ernst meint.“ Dr. Bauer erwiderte: „Besser ein christlicher Volkswidrig als ein Mann, der jeden Augenblick seine Meinung wechselt.“ Hierauf erhob sich ein ungeheurer Tumult. Von einer der Bänke des Reichstages wurde ein Interpellation gegen den Abgeordneten Bauer geworfen. Dem Präsidenten Renner gelang es nur mit Mühe, angesichts der Erregung des Hauses der von ihm angeordneten Unterbrechung der Sitzung Geltung zu verschaffen und die Abgeordneten zum Verlassen des Saales zu bewegen.

11 Wien. Nach zweistündiger Unterbrechung wurde die unter lebhafter Unruhe unterbrochene Sitzung des National-

rates wieder aufgenommen. Präsident Dr. Renner rief alle, welche Beleidigungen ausgesprochen hatten, zur Ordnung und drückte seine schärfste Mißbilligung darüber aus, daß der Heimatlosabgeordnete Pichler gegen ein Interpellation geworfen hatte. Sodann wurde die Debatte über die dringliche Anfrage fortgesetzt, in deren Verlauf der Großdeutsche Abgeordnete Joppa gleichfalls die Auflösung des Hauses und ein Misstrauensvotum gegen die Regierung beantragte.

11 Wien. Der Nationalrat hat mit 33 Stimmen gegen 78 Stimmen der Sozialdemokraten und der Großdeutschen den großdeutschen Misstrauensantrag abgelehnt. Der sozialdemokratische Antrag, den Wahltermin auf den 27. 11. festzusetzen, wurde ebenfalls abgelehnt. Dagegen wurde ein christlichsozialer Antrag, in dem die Regierung aufgefordert wird, zu Beginn der Herbsttagung 1933 einen Beschluß über den Wahltermin vorzulegen, mit den Stimmen der Mehrheitsparteien angenommen.

Eine neue Verteidigungsrede des englischen Außenministers.

11 London. In einer Rede in Cleveheaton befaßte sich Außenminister Sir John Simon wiederum mit der Abrüstung und der deutschen Gleichberechtigungsforderung. Er wünschte, so sagte er, daß diejenigen, die die englische Regierung während der letzten sechs Monate kritisiert hätten, einmal hinter die Kulissen kommen könnten, wenn Beratungen in Genf oder im englischen Kabinett stattfinden. Dann würden sie die Rolle erkennen, die die englische Regierung und die englischen Vertreter in der Sache der Abrüstung spielten. Hauptächlich der englischen Initiative sei die Annahme der Entschlieung zu verdanken, auf Grund deren die Abrüstungskonferenz sich veranlaßte, sich von den allgemeinen Grundrissen der Hoover'schen Erklärung leiten zu lassen, das nämlich eine erhebliche Herabsetzung der Rüstungen stattfinden solle. Dies aber war die Entschlieung, gegen die Deutschland stimmte. Das zeigte, wie verwickelt die Handhabung der Abrüstungsfrage sei.

Weiterhin, so fuhr Sir John Simon fort, lese er Bemerkungen zu der englischen Note, dahingehend, daß sie eine Art juristischer Schularbeit gewesen sei, die gar nicht den Versuch gemacht habe, sich mit dem Kern der deutschen Forderungen zu befassen. Nichts könne weiter von der Wahrheit entfernt sein als diese Behauptung. Die Note hätte gefordert, daß die rechtliche Lage nicht auf die Wurzel der Angelegenheit gehe. Die Begrenzung der deutschen Rüstungen im Versailles Vertrag sei nicht als Vorläufer der allgemeinen Abrüstung gedacht gewesen und auch nicht als solche angekündigt worden. Ungeachtet der großen Rüstungsüberwindung Englands sei die Regierung verpflichtet, mit allen ihren Kräften in Genf an Maßnahmen zur quantitativen wie qualitativen Abrüstung mitzuwirken. Die englische Note dränge darauf, daß der einzige Weg zur Regelung der Frage, der „Status“, die so stark das deutsche Herz berührt, darin bestehe, sie mit Geduld zwischen den beteiligten Mächten zu erörtern.

Die englische Regierung arbeite dauernd hinter den Kulissen, um die Beziehungen zwischen Deutschland und seinen Nachbarn wieder vertrauensvoller zu gestalten. Von der Besserung dieser Beziehungen werde es zum großen Teil abhängen, ob sich ein erhebliches Maß der Abrüstung er-

reichen lasse. England habe dafür gearbeitet, den Meinungsstand zwischen Deutschland, Frankreich, Italien und England wieder in Gang zu bringen, um Vorbedingen zu schaffen, auf Grund deren Deutschland wieder seinen Platz in der Konferenz einnehmen könne. Niemand, der nicht an der Verantwortung teilhabe, die auf den Schultern der nationalen Regierung lastet, könne die Schmierigkeit richtig würdigen, Grundzüge, die sich leicht ausprechen lassen, in die Praxis zu übertragen.

Amerika für Rüstungsfeierjahr

Washington, 22. Oktober.

Die Vereinigten Staaten haben der Verlängerung des Rüstungsfeierjahres, das am 1. November zu Ende gehen sollte, bis zum 1. März 1933 zugestimmt. Eine offizielle Mitteilung in diesem Sinn soll demnächst nach Genf abgeleitet werden. Wie verlautet, soll diese Verlängerung den Zweck haben, der Abrüstungskonferenz zu ermöglichen, ein Abkommen über die Herabsetzung der Flottenrüstungen zustande zu bringen.

Neue Arbeitslosenunruhen in England

London, 22. Oktober.

Die Verhandlungen gegen die Arbeiter, die bei der Eröffnung eines Seemannsheimes gegen Prinz Georg von England demonstrierten und daraufhin verhaftet wurden, hatten im Osten Londons neue Zusammenstöße zwischen Polizei und Arbeitslosen zur Folge. Eine große Menge Arbeitsloser versammelte sich vor dem Polizeigerichtshof und bombardierte die Polizei mit Steinen und Flaschen. Die Geschäfte und Läden wurden aus Furcht vor Plünderungen geschlossen. Polizei zu Pferd und auf Kraftwagen trieb die Menge mit Gummiknüppeln auseinander.

Weitere Zusammenstöße ereigneten sich in Stratford-on-Avon, wo 300 Demonstranten, die mit 1700 anderen von Manchester nach London marschieren, Fleisch verlangten. Die Arbeitslosen begannen, alles in der Umgebung zu demonstrieren. Die Polizei mußte mit der Feuerpröhe gegen sie vorgehen.